



## Projekt „Gemeindeschwester“ muss überarbeitet werden

Kammerversammlung verlangt Mitspracherecht der Ärzte

**Die Landesärztekammer Brandenburg (LÄKB) fordert eine inhaltliche Neuausrichtung des Modellprojektes „Gemeindeschwester“. In einer Resolution betont die Kammerversammlung, dass das Projekt nur eine Chance auf Realisierung hat, wenn es mit der Ärzteschaft und nicht gegen sie entwickelt wird. Die politischen Entscheidungsträger werden hierbei zu einem ernst gemeinten konstruktiven Dialog aufgefordert.**

„In der öffentlichen Diskussion stellen die Delegierten zunehmend eine unrealistische, idealisierte und antiquierte Vorstellung von dem neu einzuführenden Berufsbild einer ‚Gemeindeschwester‘ fest. Der verklärte Blick auf alte DDR-Bilder riskiert eine Fehlentwicklung“, so der Standpunkt der Kammerversammlung. In ihrer Zusammenkunft am vergangenen Samstag forderte sie, dass der hohe Qualitätsstandard der ambulanten Medizin in der Bundesrepublik im Interesse der Bürger gesichert bleiben muss.

Weiterhin einig waren sich die Delegierten darin, dass die Einführung einer „Gemeindeschwester“ diesen hohen qualitativen Standard der ambulanten Versorgung - den Facharztstandard - gefährden würde. „Die Schaffung einer ‚Dritten Säule‘ durch akademisierte Heilhilfsberufe ist unnötig. Verantwortlichkeiten werden zersplittert, Kosten in die Höhe getrieben und die Bürokratie erhöht!“, erklärte Dr. Udo Wolter, Präsident der LÄKB, stellvertretend für die Kammerversammlung.

Qualifizierte medizinische Fachkräfte seien in der Regelversorgung am ehesten geeignet, Lücken in der flächendeckenden Versorgung infolge des Ärztemangels zu verringern. Für deren unmittelbare Führung müsse der ambulant tätige Arzt verantwortlich sein. „Hierzu sind neu strukturierte Qualifizierungen des Praxispersonals zu schaffen“, heißt es in der Resolution.

### Landesärztekammer Brandenburg

Körperschaft öffentlichen Rechts  
Dreifertstraße 12  
03044 Cottbus

Dr. Udo Wolter  
Präsident  
Telefon: 0355/780 10 12  
E-Mail: praesident@laekb.de

### Hintergrund:

Bereits im September diskutierte die Kammerversammlung über das in Lübbenau gestartete Modellprojekt „Gemeindeschwester“ und hob dabei ihre Bedenken - unter anderem zur Finanzierung - hervor. Eine Fortsetzung fand die Diskussionsrunde letzten Samstag, bei der auch Dr. Martina Münch, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Mitglied des brandenburgischen Landtages, zugegen war.